

Arbeiterstimme



Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rand um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Freitag den 9. Dezember 1932 Nummer 281

Kampfpappell an alle

bei denen Not, Hunger und Gorge tägliche Gäste sind!

Leidenschaftliche Kampfrede unseres Genossen Wilhelm Bied im Reichstag gegen Schleicher-Diktatur und ihre Stützen . Faßt Mut, ihr seid stärker als eure Feinde!

Berlin, 9. Dezember 1932.

Ein Symbol des Kampfes war die Rede, die Wilhelm Bied am Mittwochabend im Namen der Kommunistischen Partei vor dem Reichstagsgebäude ausging und die an das ganze deutsche Proletariat gerichtet ist. Diese Rede gilt als ein wichtiger Appell der kommunistischen Partei, die als einzige in Deutschland an die Unabhängigkeit von Tag zu Tag gekämpft und die durch den Kampfgefährten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Reichstag das Banner der sozialistischen Ordnung in einem freien sozialistischen Deutschland gegen die wilde Anarchie, gegen den Hungerfortschritt des kapitalistischen Profitgierens entrollte.

Die Rede Wilhelm Bieds

Genosse Bied führte aus:
Die Demonstrationen, die fast täglich in Berlin und im Reich von aller Art Hungerstreikern und trotz Einlen der Polizeigewalt, stattfinden, zeigen die unerschütterliche Opposition, in der die werktätigen Massen Deutschlands unter Führung der KPD dem Schleicher-Frucht-Kabinett gegenüberstehen. Lange, viel zu lange haben sich die Massen von den Forderungen nach der Sozialdemokratie warten lassen. Jetzt erwachen sie.
Es ist ja nicht so, wie es der sozialdemokratische Schein hier darzustellen beliebt, als wenn der Weg in das Glück erst durch Fesseln betreten werden soll. Bismarck hat die Sozialdemokratie bei der Wahl im Reichstag (Sehr wahr!) b. d. Komm.) Sie begann den Aufbau des Sozialismus durch die Ermächtigung der Arbeiterregierungen. Der Herr Reichspräsident hat vollständig „vergesen“, daß die Sozialdemokratie die ersten sozialistischen Regierungen mit dem eigentlichen Aufbau der Sozialversicherungsleistungen erleichtert hat, daß sie, meine Herren Sozialdemokraten diese Regierungen tolerierten, und daß sie die Aufhebung der Notverordnung, wie sie die Kommunisten forderten, abgelehnt haben. (Sehr wahr!) b. d. Komm.)

Immer größere Teile der werktätigen Massen begreifen, daß die Kommunisten recht haben, wenn sie sagen: Weder Gott noch Hindenburg, weder Schleicher noch Hitler noch Weis werden den Massen helfen. (Sündenböcke b. d. Komm.) Nur, wenn die Massen selbst Hand ans Werk legen, einzig und allein durch die Kampfaktionen der kommunistischen Partei können sie den Weg zum Glück und zur sozialistischen Rettung. (Langanhaltender Beifall b. d. Kommunisten.)

Die auf dieser Erkenntnis beruhende Mobilisierung der Massen hat neben den wachsenden Gegenständen im Lager der Sozialdemokratie eine der Hauptursachen des Sturzes der Weimarer Regierung und die Mobilisierung hat ihre Fortsetzung in der Wahl vom 6. November, in dem 2-Millionen-Stimmenverlust der Sozialdemokratie, dem Verlust des Zentrums und in dem 6-Millionen-Stimmen der kommunistischen Partei, die aus diesem Wahlkampf als einzige Siegerin hervorging. Und die Wahlen nach dem 6. November in Sachsen und Thüringen zeigen, daß es auf diesem Wege weiter vorwärts geht, daß die ausbeuterischen Massen des deutschen Volkes sich einrichten zur kommunistischen Partei weiter entwickeln. (Lauter Beifall b. d. Komm.)

Aber mehr noch als die Wahlresultate unterstützen die parlamentaristischen Aktionen, vor allem die Streikpötte im Bergbau die Form der roten Einheitsfront. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Groß-Berliner Betriebsarbeiterstreik.

Genosse Bied nimmt nunmehr eine großzügige Abrechnung mit dem sozialdemokratischen Streikführern und mit den Führern der Arbeiterregierungen vor. Er hat die Kapitalgeheimnisse, die gegen ihren Willen der Streik abgebrochen wurde.

Wenn der Streik ergebnislos beendet würde, so trägt die Verantwortung der sozialdemokratischen Führer der KPD der nationalsozialistischen Forderung ein gerichtetes Maß der Schuld (Sturmbeifall „Sehr richtig!“ b. d. Komm. Lärm b. d. Nazis)

Verhängnis Stadium der faschistischen Diktatur

Die Weimarer Regierung ist gesunken, aber das Weimarer Programm des Hungers und Notstands ist geblieben. Denn es ist ja nicht

aus dem Programm einiger Minister, sondern des gesamten Finanzkapitals, der Schwerindustrie und Großbankiers. (Sehr richtig b. d. Komm.) Diese sind es, die sich die geringsten Schritte erlauben, von denen sie die Möglichkeit reibungsloser Durchführung des Hungerfortschritts gegen die werktätigen Massen erhoffen.

Und wenn SPD-Deputiert mit dem Nazis mitteilt, den wahren Charakter dieses Schleicher-Frucht-Kabinetts zu verheimlichen, dann lagern wir: Mit den härtesten Mitteln soll die neue Regierung Papens Programm gegen die Massen und ihre Führung, die kommunistische Partei, durchgesetzt werden.

Deutschland tritt in ein verhängnis Stadium der faschistischen Diktatur ein. (Sehr wahr b. d. Komm.)

Aus Gründen der Notverordnung sind wir nicht in der Lage, die folgenden Ausführungen des Genossen Bied über Papen- und Schleichers Außenpolitik im Wortlaut wiederzugeben. Es war eine Begeisterung der gesamten Antifaschistischen Republik der deut-

Krach in der NSDAP

Streifer von Hitler in Uria geschick . Nazi-Führerstreit um die Formen der Unterwerfung der Schleicherdiktatur

Berlin, 9. Dezember 1932. (Vgl. Drahtbericht.)

In der Führung der NSDAP ist ein offener Krach ausgebrochen. Streifer hat einen Brief an Hitler geschrieben, in dem er seine ihm eigenen Ehrenämter niederlegt, und diesen Schritt mit dem Hinweis auf bestehende Differenzen der Politik der NSDAP begründet. Die Parteiführung der NSDAP läßt offiziell erklären, daß Streifer mit Bewußtsein Hitlers einen beträchtlichen Krach verursacht hat.

So steht sich der Freiheitssampf und der übrige Kampf der NSDAP auch demühen wird, diesen jetzt offensichtlich gewordenen Krach in der NSDAP als eine „Erfindung“ darzustellen, so

Berlätige Steuerzahler Dresdens: Alarm!

Der Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Käß, bricht in einem Artikel, den die NSDAP am Freitag von ihm veröffentlicht, in ein lautes Jammergeschrei über die Finanzkrise aus. Dabei erklärt er, daß für die Stadt Dresden allein im kommenden Jahre über 15 Millionen Reichsmark mehr an Steuern zu zahlen sein werden, was er aber darüber hinaus andeutet, ist ein drohendes Alarmzeichen für die werktätigen Steuerzahler Dresdens!

Er macht einen Vorschlag, die Tilgung dieser Steuern auf zwei Jahre auszulegen und deutet an, daß in der Zwischenzeit durch höhere steuerliche Ausbeutung der Massen und durch die „einheitliche Zusammenfassung der Steuerbefreiungen“ die Mittel zur Befriedigung der kapitalistischen Kreditgeber und der Bankgewinnstreben zusammengebracht werden sollen.

So soll das letzte aus den Massen herausgepreßt werden aus es den Finanzgebern und Kapitalgebern zuzuführen. Dagegen heißt es alle Werktätigen zu mobilisieren und zum Kampf zu führen.

lichen Bourgeoisie, die immer offener mit den imperialistischen Weltmächten des Verfallens Diktatur gemischte Sache macht. Die Rolle Hindenburgs, dieses Randboten der SPD, wurde von Bied noch einmal in ein besonders helles Licht gerückt. Er will die härteste national-faschistische Konzentration in Deutschland durchführen.
Wenn es Schleicher bisher nicht gelang, die Regierung der sogenannten nationalen Konzentration zu schaffen, so

Immer wieder Hungerdemonstrationen

Berlin, 9. Dezember 1932. (Vgl. Drahtbericht.)

Während abend gegen 10 Uhr kam es in den belebtesten Straßen des Berliner Westens zu heftigen Hungerdemonstrationen. Unter den Rufen „Hunger, Hunger“ demonstrierten hungernde Arbeiter für ihre Winterhilfeforderungen. Dabei kam es mehrfach zu Zusammenstößen mit der Polizei, die von der SA bewacht wurde. Die Hungerdemonstrationen wurden verhaftet. Es sollen zwei Polizeibeamte verletzt worden sein.

Krach in der NSDAP

Streifer von Hitler in Uria geschick . Nazi-Führerstreit um die Formen der Unterwerfung der Schleicherdiktatur

Berlin, 9. Dezember 1932. (Vgl. Drahtbericht.)

In der Führung der NSDAP ist ein offener Krach ausgebrochen. Streifer hat einen Brief an Hitler geschrieben, in dem er seine ihm eigenen Ehrenämter niederlegt, und diesen Schritt mit dem Hinweis auf bestehende Differenzen der Politik der NSDAP begründet. Die Parteiführung der NSDAP läßt offiziell erklären, daß Streifer mit Bewußtsein Hitlers einen beträchtlichen Krach verursacht hat.

So steht sich der Freiheitssampf und der übrige Kampf der NSDAP auch demühen wird, diesen jetzt offensichtlich gewordenen Krach in der NSDAP als eine „Erfindung“ darzustellen, so

Berlätige Steuerzahler Dresdens: Alarm!

Der Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Käß, bricht in einem Artikel, den die NSDAP am Freitag von ihm veröffentlicht, in ein lautes Jammergeschrei über die Finanzkrise aus. Dabei erklärt er, daß für die Stadt Dresden allein im kommenden Jahre über 15 Millionen Reichsmark mehr an Steuern zu zahlen sein werden, was er aber darüber hinaus andeutet, ist ein drohendes Alarmzeichen für die werktätigen Steuerzahler Dresdens!

Er macht einen Vorschlag, die Tilgung dieser Steuern auf zwei Jahre auszulegen und deutet an, daß in der Zwischenzeit durch höhere steuerliche Ausbeutung der Massen und durch die „einheitliche Zusammenfassung der Steuerbefreiungen“ die Mittel zur Befriedigung der kapitalistischen Kreditgeber und der Bankgewinnstreben zusammengebracht werden sollen.

So soll das letzte aus den Massen herausgepreßt werden aus es den Finanzgebern und Kapitalgebern zuzuführen. Dagegen heißt es alle Werktätigen zu mobilisieren und zum Kampf zu führen.

Die Sonderzeitung „14 Jahre KPD“

wird morgen früh um 5 Uhr gedruckt. Sie wird schon morgen früh vor den Betrieben und im Saal des Tages an allen Stempelstellen, in allen Arbeiterwohnungen verkauft werden.

Kein Exemplar darf Ihnen bleiben . Erhält restlos auch Soll!

Die Dresdner Stabilität kommt immer über das ja Jahr Soll, aber die roten Delegierten werden es nicht mitbringen. Die Dresdner Stabilität kommt immer über das ja Jahr Soll, aber die roten Delegierten werden es nicht mitbringen.

Wer noch nicht bestellt hat, tut das sofort telefonisch unter Nr. 17250 oder 27833

TON
tügen

Kaufmannslehre

gigen Kontakt mit der unterworfen sind. Die schaften unterstellt. Die bejundheitspunktes und vorgeschlagenen Be- stan Ausgaben, die ent- sichtigung gemacht werden. m seiner Weise zu fur- schungsinstitute für die worden. Jährlich werden die Fortschritt benötigt hat schon längst bei überschritten. So in eine „Betruagsstrel- stand nun seit Jahre- nheiten der Kranken n. Der Kranke, der tat- l. doch der Krp. esp- wissenschaftlicher En- mbulstärkerbetriebe, alle- nd des Kranken n- eit wieder herzu-

W. H. Solentz

ack Hawrey

ant. Menschen lauten reitend. Schließen hat Augen an. Aus der zens: „... Vlonia- der herangekommen ... am ...

maden immer wieder ulang. Dies bringt

sch hinten zu kommen t, um nach hinten zu

f. Eine unentzählbar- Unformid auf. Ab- wählliche Plama led- und mit ihm (hinter- ell beschränken leben die Hände des Be- zogen sie mit der Tod-

epot französischer U- räumen verläßt. He- den die Sanitätler der ihnen nicht. Der zenzmandaten Hied-

alles ein, doch alles er man aus ihrem bt die dicke, schwarze

ote hat diese Erz- Tag arbeiteten die- atten. Sie schafften man die reißlichen uer wurde errichtet.

uden verläßt und eldentad (urs-

le hat die Eigent- einflußer landwirt-

ie Dichte es Pult- Jahren 1928/30 am dem Entzug T. 3.

und Kinnabre- hat im Jahre 1932- nnahme des ganzen nach Geld hat des und im Ruhezust- tagenstaufnahme der- stalen Schwarzger- naffe, des Wiltlers- Jend, des Wiltlers- ul, geomagnetische n ist die Geschill- e. Kataloge, alle um, gesammelt und

Spezialische Scler- matische Werkzeu- Werkzeuge an, um Arbeiter aber

In der Hauptsache wegen des schmerzlichen Massenstreiks auf die Parteien. Es gelingt ihm nicht, die infolge dieses Streiks und der Wirtschaftskrisis wachsenden Gegensätze im Lager der Bourgeoisie zwischen Schwenk- und verarbeitender Industrie und Gewerbe- und Dienstleistungsberufen auszugleichen.

Nach wem es aber gehen soll, das ist ein Problem, das nur im Kampf gelöst werden kann. Es kann nicht durch Verhandlungen und Kompromisse gelöst werden, aber es kann niemals ohne Bewegung unterbleiben. Niemals können die Forderungen durch die KPD lauten.

Die KPD ist überall wo die wirklichen Massen sind.

Und wo die arbeitenden Massen sind, da wird — mag der kapitalistische Terror noch so wild — das kapitalistische System in die Länge gedrückt, bis es schließlich am Boden liegt. (Zusammenfassender Bericht und Einzelheiten über die KPD).

Das Volk will nicht hören, sondern Taten. Und wenn es zur Tat kommt, da stellen sich Nazis und SPD an die Seite der Schleicher wie bei den Abstimmungen über die kommunalistischen Entwürfe auf Erteilung eines Notstandsbeschlusses gegen die Regierung. Da haben

Brüder und Schwestern zusammen einen anderen Vorschlag gemacht, aus partei Recht vor einer neuen Wahl zum Reichstag und vor Neuwahlen, bei denen das verlässliche Volk das Parlament und die KPD im Blick haben werden. (Beifall bei den Kommunisten).

Der deutsche D'Arragona

Mit revolutionärem Mut erhob Wilhelm Pieck protestantische Forderungen gegen den Sozialdemokraten der letzten Reichstagswahl, gegen die SPD, die Partei, deren Forderung die KPD die politische Haltung der SPD-Führung zum neuen Reichstag. Wenn Pieck in seinem Interim für die Berliner Zeitung „Excelior“ erklärte, daß die SPD Schleicher aus seiner Verantwortung nicht entlassen habe, so wollen wir Kommunisten daran erinnern, daß Schleicher der Mann war, und die Arbeiter 1919 zur Niederwerfung der revolutionären Bewegung schuf, daß er 1923 den Notstandsbeschluss gegen die Arbeiterklasse unter General Seeckt durchführte, daß er die Einleitung der Papenregierung erzwang.

Für diesen Schleicher geht Pieck durchs Kreuz, für ihn muß er streifen. Für ihn die proletarische Einheitsfront (später, Pieck ist ein Verräter der Arbeiterklasse, ein deutscher D'Arragona. Er geht nicht mit den Arbeitern gegen den Hindenburgschen General, er geht mit dem General gegen die Arbeiter. (Beifall sehr richtig bei den Kommunisten).

Die wenig stinkt es der SPD damit ist, den Abbau der Löhne, Gehälter und Unterhaltungen rückwärts zu machen, sagt Pieck. Erklären Sie, daß die SPD auf die Einheitsfront die Arbeiter zu bringen will, wenn die finanzielle Lage es ermöglicht. Da können die Arbeiter bei dem Willensentscheid des Reiches, der Länder und Gemeinden immer mitreden. (Sehr richtig bei den Kommunisten). Zu dem Willensentscheid über Pieck hat, daß die neue Regierung ihre Vorläufe nach für eine Zeit stellen lege. (Beifall, bei den Kommunisten). Und antwortlich hat der sozialdemokratische Führer sich und keine Partei offen mit Schleicher solidarisiert.

So stellen die Arbeiter der SPD und der Gewerkschaften sich in eine Front mit der Hitlerpartei um die Bourgeoisie vor der revolutionären Bewegung der wirklichen Massen zu stellen.

(Beifall sehr wohl bei den Kommunisten).

Genosse Pieck entwirft anschließend ein politisches Bild der kapitalistischen Welt, wie es die Nazis dort treiben, wo sie an der Macht sind.

Was ist vom 30. August bis zum heutigen Tage abgelaufen, das ist die weltweite Kollisionspolitik und die Kollisionspolitik, die die Arbeiter und Arbeiterinnen, die sie treiben, heißen Hitler und Göring, Strecker und Krieger.

Wir Kommunisten aber rufen das Volk auf, daß der kapitalistischen Kollisionspolitik zu erbrechen.

Wir rufen die sozialdemokratischen Arbeiter und die nationalsozialistischen Arbeiter in die Einheitsfront ein, um Kampf gegen Lohn- und Unterhaltungsabbau gegen die kapitalistische Unterdrückung und die Kollisionspolitik. Im proletarischen Internationalismus fordern wir von den Arbeitern, daß sie sich in ihrem ureigenen Interesse über alle Grenzen hinweg gegen die Kriegsverbrecher stellen.

Von dieser Stelle aus wenden wir uns an alle in Deutschland, bei denen Not und Hunger und Kummer lässliche Gäste sind. Wir sagen denen, die kämpfen wollen, wir sagen denen, die zweifeln, wir sagen denen, die verzweifeln: **Tut es mit!** Ihr seid, wenn ihr geschloßen und in voller Einheitsfront marschiert, härter als eure Feinde. Bezieht sie! Und auf den Trümmern des untergegangenen kapitalistischen Systems wird eure Rettung, wird das freie Deutschland der Arbeiter und Bauern, wird der Sozialismus erheben! (Beifall sehr richtig bei den Kommunisten und laute Beifallsstürme der Kommunisten).

Stopft den SPD-Führern das Lügenmaul!

Reißt den Helfern des Schleicherkabinetts die Mäule vom Gesicht!

Die Pressestelle des JA der KPD teilt mit: In einem Zwischenfall des sozialdemokratischen Abgeordneten Rühlert in der Reichstagsdebatte vom 6. Dezember, sowie in dem sozialdemokratischen Hamburger Echo, wird die Behauptung aufgestellt, daß nämlich dem derzeitigen Reichstagspräsidenten Schuler und dem Mitglied der KPD Heinz Neumann, irgendwelche Unterredungen stattgefunden haben. Das JA der KPD erklärt diese Behauptungen als freche Lügen und bezieht jeden Verbreiter solcher Schwindelreden als Verleumder.

Das sozialdemokratische Hamburger Echo stellt die Behauptung auf, der Reichstagsabgeordnete Torgler habe, als er erfuhr, daß die Unterredung zwischen Schleicher und Heinz Neumann kein Geheimnis geblieben sei, sich zunächst betroffen gezeigt. Diese Behauptung ist gleichfalls frecher Schwindel. Der Reichstagsabgeordnete Torgler hat im Gegenteil, als ihm am 20. November dieses Jahres von dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, dem Reichstagsabgeordneten Kretschmer, angeblich Neumann von General Schleicher über Unterredungen mit Heinz Neumann mitgeteilt wurden, sofort in unabweisbarer Weise erwidert, daß solche Unterredungen nicht stattgefunden haben können.

Das JA der KPD erklärt weiterhin: Die kommunistischen Behauptungen der Rühlert und Kretschmer sowie des Hamburger Echo über angebliche Unterredungen zwischen Schleicher und dem Genossen Neumann, stellen einen lächerlichen Versuch der SPD-Führung dar, von ihrer eigenen Verleumdung und von den immer stärker wachsenden Toleranzschwächen gegenüber dem Schleicherkabinett abzulenken.

Wie immer, verhält sich auch jetzt wieder die Sozialdemokratie wie arbeitervindliche Handlung mit einer wilden Lüge- und Verleumdungskampagne gegen die einzige proletarische antikapitalistische Partei, die KPD, zu begreifen. Das von der SPD-Führung nicht demokratisch Interessens des KPD-Verleumdungsbüros mit dem Vertreter der französischen Zeitung „Excelsior“ sowie des verächtlichen Verleumders der SPD-Fraktion in der letzten Reichstagsdebatte hat bereits trotz und ungeachtet die An-

Sozialfaschistischer Amnestiebetrug

SPD-Fraktion brachte im Juli unfernen Amnestieantrag zu Fall. Keine Amnestie für die beiden Streiks gegen die Notverordnung Bekraften. Räumt gegen Klassenjustiz!

Besten wurde im Reichstag am Montag erörtert, daß von den Sozialfaschisten perle Amnestiebetrug emittiert. Nachdem Kretschmer in der sozialfaschistischen Halle den demagogischen Amnestieantrag der SPD zu begründen versuchte, forderte Genosse Hermann die Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen, für alle wegen Notbestritten, Vergehens gegen den Schandparagraphen 218 ufm. Bekraften. Er gelte als Lösung die ungeliebte Brutalität, die immer härtere Festhaltung der Klassenjustiz und besonders das Schandurteil gegen den Kapitän Lehmann.

Genosse Hermann entlarvt die gemeinen Klugheit der Sozialfaschisten in der Amnestiefrage. Im Sommer dieses Jahres hat die SPD unfernen Amnestieantrag zu Fall gebracht, was trotz der Abkündigung der Logar vom Reichstag den Rechtsausschusses zuerben wurde. Wenn Kretschmer erklärt, daß die SPD für Amnestie und gegen Einzelbegnadigungen sei, so verweisen wir auf das von uns schon veröffentlichte SPD-Rundschreiben, in dem offen gesagt wird, daß

Die SPD im Juli auf ein Amnestiegesetz verzichtet hat, weil die Vertreter der Bürgerlichen Parteien waren und der Justizminister Einzelbegnadigungen zugestimmt habe.

Was unterzeichnet den von uns eingebrachten Amnestieantrag von dem der SPD? Was kommt es nicht auf Voraussetzungen hin und Formeln an, wir stellen die Fragen so klar und eindeutig, wie es im Interesse der Arbeiterklasse notwendig ist. Die SPD erklärt, daß nicht angenommen sei, daß der kommunistische Antrag von den Bürgerlichen angenommen wird.

Wir stellen also ausdrücklich fest, daß die SPD nur solche Anträge und Gesetze formuliert, die von der Bourgeoisie genehmigt werden.

Die SPD fordert Amnestie für die wegen Teilnahme an „sozialistischen Unruhen“ bestrafte Arbeiter. Was hat aber die SPD „sozialistische Unruhen“ bestrafte Arbeiter? Sogar nicht der SPD-Streit und die 700 von der KPD gegen den Willen der Gewerkschaften organisierten Streiks gegen den Schandparagraphen 218 ufm. Bekraften. Der SPD-Antrag legt kein Wert auf die wegen Streikverhinderung, bei Demonstrationen und Mahnungen wegen Vergehens gegen die Notverordnungen bestrafte Arbeiter.

Die SPD nimmt ausdrücklich den Streikverweigerer von der Amnestie aus. Sie ist also für die Bestrafung der Arbeiter, die in Betriebsbetrieben während der Kriegserhebung litten und zur Verhinderung der Arbeit zu schweren Strafen wegen Streik- und Hochverrat verurteilt wurden. Auch die Verhinderung des Paragraphen 218 hat die SPD nicht für die Amnestie genehmigt.

Die unabweisbare Not der breiten Massen helfen die Klassenjustiz, die Auslieferung der Arbeiter, die die Terrorurteile gegen die Arbeiterklasse, deswegen sind wir für die Amnestie der SPD-Antrag, mit dessen Bekraften die Klassenjustiz werden kann, was die SPD mobilisiert für die neuen Anforderungen der KPD nach Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen, für alle, die infolge der verbrüderlichen kapitalistischen Systems in die Klauen der Klassenjustiz geraten sind, zum anparlamentaristischen Klassenjustiz, der allein die Befreiung der Massen ist.

Obel verhält sich bezüglich der sozialfaschistischen Amnestie, betrug, den Genosse Hermann entlarvt, so verächtlich und abstrus, daß die Arbeiter sich dabei der gemeinsten Verleumdungen gegen die Kommunisten. Der Amnestieantrag wird dem Klassenjustiz überwiegen.

Massensturm für Bartls Rettung

Dem Justizministerium wurde eine Volksresolution des Arbeiterbundes Dresden, Schandauer Straße, mit 30 Unterschriften gelangt.

80 Arbeiter der Minolafabrik, Dresden, unterzeichneten ebenfalls einen solchen Protest gegen das Todesurteil.

In einer Gesundheitsversammlung in Neubegau wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Genossen der KPD der Verteilungstellen 105, 144, 115 erheben heftigen Protest gegen das unerbittliche Todesurteil an dem Arbeiter Bartl. Wir fordern die sofortige Freilassung Bartls und aller sozialpolitischen Gefangenen.“

In Jena ist durch unsere Genossen im Gemeinderat eine Protestaktion gegen das Todesurteil und für die Freilassung aller sozialpolitischen Gefangenen im. Diese Entschließung wurde mit den Stimmen der SPD, der KPD und zwei Stimmen der Bürgerlichen gegen drei bürgerliche Stimmen angenommen.

Protestaktionen wurden weiter im Straßenbahnhof Dresden, Hohenheuerstraße (Oberleitung) und von der Mitgliederversammlung der KPD Dresden angenommen.

Aus dem ganzen Reich besonders aber aus dem kleinen Sachsen, laufen Tausende Massenproteste zum jehannischen Arbeiter ein. Sie alle rufen, daß nur der antiparlamentarische Kampf Bartl und die 6000 sozialpolitischen Gefangenen

behalten kann. Deshalb darf keine Stunde in diesem Kampf verstreuen werden. Wieder mit der Klassenjustiz! Rettet das Leben Bartls!

Ein neues Schreckensurteil

Sechs Jahre Zuchthaus für 20jährigen Jungerbeiter

In Hamburg wurde das Sondergericht den Jungerbeiter Keller, trotzdem die Jugendverurteilung alle für ihn verhängten entlassen waren, zu 6 Jahren Zuchthaus. Selbst da Keller damals keine Jugendverurteilung, die einmündig gemacht worden, daß der Angeklagte die ihm zur Last gelegte Tat begangen hat.

Nur auf Andringen hin wurde das Schreckensurteil gefällt und ein 20jähriger Jungerarbeiter für 6 Jahre ins Zuchthaus geschickt. Schleicher die Klassenjustiz in Arbeiter, Stempel, Stempel und Massenverurteilungen, fordert überall: Heraus mit anderen sozialpolitischen Gefangenen! Weg mit den Sondergerichten!

Neue Streiks und Kampferfolge

Die Betriebsleitung der Teppichfabrik Martens in Hammel hatte am 2. Dezember für die Arbeiter (zwei Drittel der Belegschaft) einen Lohnabbau von 15 bis 20 Prozent angeordnet. Am Tage darauf fand eine von der KPD einberufene Belegschaftsversammlung statt. Dort wurde ein vierstündiger vorbereitender Kampf ausgerufen, zusammengekommen aus allen Abteilungen, aus Arbeiter und Arbeiterinnen, darunter fünf Belegschaftsleiter, vier sozialdemokratische, einige kommunistische und ein nationalsozialistischer Arbeiter.

Der reformistische Obmann ließ sich gezwungen, für Montagabend eine Belegschaftsversammlung einzuberufen. Der vorbereitende Kampf wurde erfüllt seine Pflicht. Am ganzen Betrieb fand am Montag die Stimmung auf Sturm. Der Streikbeschluss für den Abend war klar. 15 Minuten vor Streikbeginn wurde

ein Anschlag aus schwarze Brett gebildet, der Lohnabbau sei vollständig zurückgenommen. Die Belegschaft ist entschlossen, auch jeden weiteren Lohnabbauverzicht zurückzuführen.

In Bielefeld sind die Tischlerarbeiter der Firma Bielefeld, die bei der Regulierung der Löhne beschäftigt sind, in den Streik getreten. Die Arbeiter kämpfen um bessere Arbeitsbedingungen.

In Schwerte (Westfälisches Land) sind die Milcharbeiter in den Streik getreten, um ihre Winterhilfsforderungen durchzusetzen.

Am 1. Dezember befanden die 140 Eisenbahnarbeiter (Zentralbelegschaft) auf der Strecke Röhren-Radwin bei Tilsit (Mitteldeutschland) einen Tag Lohn zu wenig ausgezahlt. Die Arbeiter traten daraufhin in den Streik. Der sofort gewählte Streikauschuss von parteilosen, KPD, und kommunistischen Arbeitern wurde bei der Betriebsleitung vorgelegt und forderte sofortige Auszahlung der fehlenden drei Tage Lohn für die bereits gefälligen Arbeiter, sofortige Auszahlung der Arbeiterbeihilfe, Bezahlung der Streiklöhne.

Angelehnt der geschlossenen Kampffront sah sich die Betriebsleitung zur sofortigen Auszahlung der zwei gefälligen Arbeitertage, Bezahlung der Streiklöhne, Auszahlung der Arbeiterbeihilfe und Bezahlung des dritten Tages gezwungen.

Täglich kommt es in allen Teilen Deutschlands zu neuen Streiks gegen den Lohnabbau. Das Unternehmertum führt die Lohnabbauverweigerung fort, es bereitet neue große Angriffe auf SPD- und Nazi-Führer werden sich, nachdem das von ihnen organisierte Schleicherkabinett am Abend ist, härter als je gegen den Kampf der Arbeiter. In dieser Situation ist es um so notwendiger, daß sich alle kampfbereiten Arbeiter unter Führung der KPD zusammenschließen und in voller Einheitsfront gegen jeden Pfennig Lohnabbau, gegen jede Verhinderung kämpfen.

260000 Wohlfahrtsarbeiterwerblose

Wie das Reichsbüro des Deutschen Städtetages mitteilt, ist die Zahl der Wohlfahrtsarbeiterwerblosen weiter gestiegen und beläuft sich am 31. Oktober die Zahl von 260 000 erreicht. Inzwischen hat die Zahl der Wohlfahrtsarbeiterwerblosen noch zugenommen.

Wichtig ist, daß das Reichsbüro des Deutschen Städtetages ausdrücklich erklärt, daß in der Statistik der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung die Zahl der Wohlfahrtsarbeiterwerblosen am 31. Oktober um 100 000 zu niedrig angegeben worden ist. Damit wird behauptet, daß die Zahl der Reichsanstalt nicht stimmt. Über 25 Millionen Arbeitsplätze, die nur die Arbeitslosen der Wohlfahrtsarbeiterwerblosen erhalten! Welch eine ungeheure Zahl bezeugt diese Zahlen an! So ist die Lage, daß durch den Kampf der arbeitenden Massen die Wohlfahrtsarbeiterwerblosen durchgesetzt wird.

So mit West, Rostock und Kassel!

Reigersdorfer Rathaus von Erwerbslosen besetzt

Die Reigersdorfer Gewerkschaften gegen zur Befreiung ihrer Winterhilfsforderungen heute 100 im Rathaus zum sozialdemokratischen Bürgermeister Rathmann, der alle Forderungen der Gewerkschaften ablehnte und außer allen Reigersdorfer Wohlfahrtsarbeiter noch ein Heerführer aus Jütten befehligte und die Gewerkschaften mit Gewalt aus dem Rathaus entzerrte ließ.

Der Parteitag der KP. Polens

im Zeichen des revolutionären Kampfes und des proletarischen Internationalismus

Zwei Monate nach dem 12. Plenum des ZK der KP. Polens... Der Parteitag löste die großen Erhebungen der Partei zusammen...

Der Parteitag ging von der Einleitung der internationalen Lage aus, wie sie das 12. Plenum des ZK der KP. Polens...

Die Beratungen über die nationale Frage fanden im Zeichen der Unterbrechung der Aufgaben im Kampf gegen die nationale Unterdrückung...

Der Parteitag der KP. Polens überprüfte die politische Einheit der Partei, die Fortsetzung aller früheren fraktionären Lehren...

In Warschau sind 12.000 Beschäftigte für ihre Solidarität in den Streik getreten...

In Warschau sind 12.000 Arbeiter aller Industriezweige in den Streik getreten...

Das Blut der Werktätigen fließt auf den Schlachtfeldern der Mandchurei

Im Böhmerbund aber wird mit Hilfe des deutschen Imperialismus um die Aufstellung Chinas gekämpft — KP. Chinas ruft zum national-revolutionären Krieg!

Wulfen, 2. Dezember. Nachdem in der Nacht vom 27. auf den 28. Dezember die japanischen Truppen in die Provinz...

In anderen Teilen des Landes toben noch immer blutige Kämpfe. In den Schlagenbergen wurde der Tunnel der chinesischen Eisenbahn durch japanische Kräfte...

Inzwischen aber wird in der Volksversammlung des Böhmerbundes weiter um die Unterdrückung Chinas gekämpft...

Die Debatten im Böhmerbund haben völlig im Zeichen der anti-imperialistischen Kampflinie...

Der Unterhaushalt der KP. Polens überprüfte die politische Einheit der Partei, die Fortsetzung aller früheren fraktionären Lehren...

In Warschau sind 12.000 Beschäftigte für ihre Solidarität in den Streik getreten...

In Warschau sind 12.000 Arbeiter aller Industriezweige in den Streik getreten...

Kommunisten Chinas verlangte die Einleitung einer Revolution unter Führung der Sowjetunion...

Dann sprach der deutsche Böhmerbundesführer...

Die Kommunistische Partei Chinas stellt einen Antrag gegen den Böhmerbund...

Die Kommunistische Partei Chinas stellt einen Antrag gegen den Böhmerbund...

Die Diehards treiben zum Krieg

Freche Ausfälle und Drohungen der englischen Regierung gegen die Sowjetunion

London, 2. Dezember. Die Antikommunisten der britischen Regierung...

Die Unterhaushalt der KP. Polens überprüfte die politische Einheit der Partei...

In Warschau sind 12.000 Beschäftigte für ihre Solidarität in den Streik getreten...

In Warschau sind 12.000 Arbeiter aller Industriezweige in den Streik getreten...

Diese frechen Ausfälle der englischen Regierung gegen die Sowjetunion...

Die Unterhaushalt der KP. Polens überprüfte die politische Einheit der Partei...

In Warschau sind 12.000 Beschäftigte für ihre Solidarität in den Streik getreten...

In Warschau sind 12.000 Arbeiter aller Industriezweige in den Streik getreten...

Schaporow

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt uns seine Lebensgeschichte

1. Vorlesung. Wie ich geriet in Bewegung. Ein Tolstojer...

Der Bauer hatte den Dieb schon eingeholt und wollte ihn...

Dieses Szenario und der Inhalt der Rede, die ich ganz teil...

Der Parteitag der KP. Polens überprüfte die politische Einheit der Partei...

In Warschau sind 12.000 Beschäftigte für ihre Solidarität in den Streik getreten...

In diesem Zimmer habe ich mich sehr bald, wie in einem...

Diesmal trat ich in der Zerkow, deren Arbeiter auf den...

„Schaut mal, dort geht der Gouverneur und der Gendarmen...

„Ja, wenn man nur eine Hand in die Hinterbacken steck...

„Wie geht es wohl mit? Sozialrevolutionäre oder Spont...

„Einige Zeit nachher überging ich mich davon, daß ich...

Die Charkower Bolschewiken

„Den Charkower Bolschewiken“, sagte G. Kromer in seinem...

Das ist sehr verständlich, da, wie Genosse Jegerenko es...

Die hartnäckige Arbeit der Parteimitglieder war nicht erfolglos...

„Ja, wenn man nur eine Hand in die Hinterbacken steck...

„Wie geht es wohl mit? Sozialrevolutionäre oder Spont...

„Einige Zeit nachher überging ich mich davon, daß ich...

Die Charkower Bolschewiken

Der Parteitag der KP. Polens überprüfte die politische Einheit der Partei...

In Warschau sind 12.000 Beschäftigte für ihre Solidarität in den Streik getreten...

In Warschau sind 12.000 Arbeiter aller Industriezweige in den Streik getreten...

Genosse Thälmann

sagte in seinem Referat auf der 3. Reichsparteikonferenz: „Die Beschlüsse des 12. Plenums und unserer Parteikonferenz müssen in allen Zellen und unter den breitesten Massen des Proletariats studiert und ausgewertet werden.“

In der Erfüllung dieser Aufgabe führen wir am Sonnabend und Sonntag

den ersten Schlag,

indem wir in allen Instruktorgebieten und Stadtteilen

Wohnendfunktionärskurse

für die Referenten zum politischen Schulungstag durchführen. Kein Instruktorgebiet, kein Stadtteil darf ohne einen solchen Kursus sein. Kein Funktionär der Partei verlässt diesen Kursus.

den zweiten Schlag,

der wichtiger und entscheidender ist, wird in der Woche vom 11. bis 17. Dezember geführt. In dieser Woche findet in allen Betriebs- und Straßenzellen

der politische Schulungstag

statt, in dem über die Beschlüsse des 12. Ekklplenums, der Reichsparteikonferenz und der 3. sächsischen Bezirkspartei-tagung diskutiert wird. Jede Zelle, insbesondere aber jede Betriebszelle, muß schon jetzt mit der organisatorischen Vorbereitung des politischen Zellenbildungstages beginnen. Ladet dazu auch sympathisierende, parteilose, sozialdemokratische und Naziarbeiter ein. Genossinnen und Genossen! Verlangt von eurer Zellenleitung die Durchführung des Schulungstages.

Die Kirche verschluckt Millionen

Die Arbeiter hungern. Die „Rot der Kirche“ vor dem Landtag. Nazi-Studentenstoßtrupp bledert sich ans Zentrum an. KPD für Sicherung des Gehalts der unteren Beamten

Nach der Beratung einer Vorlage über ein Niedrigstlohnsgesetz, dessen reaktionären Charakter Genosse Landwirt Schöneberger entlarfte und ihm die Frage der Tierärzte in den Kollektivverträgen der Gewerkschaft gegenüberstellt, wird in die Beratung über die

Reibverordnung über Eintreibung der Kirchensteuer

die die Schiedsregierung am 22. Oktober 1933 erlassen hat, sowie eines Antrages des aus der NSDAP ausgetretenen Freisähe wegen des EW- und EW-Gehälts eingetreten. Es gibt eine Debatte zwischen Nazis und Studentenrat und Freisähe, wobei beide freiwillig und unfreiwillig zeigen, daß die Nazis in jeder Beziehung für die Erhaltung der Kirche als Unterdrückungsinstrument des kapitalistischen Staates sind und daß es hier einen tatsächlichen Unterschied zwischen Freisähe, Studentenrat und allen bürgerlichen Parteien nicht gibt.

Studentenrat versucht in jeder Weise, die früheren Nazi-Programme von der „Schwarzen Fleck“ vergessen zu machen, um die Naziopposition mit dem Zentrum, wie sie jetzt im Reichstag wieder bräutigam zum Ausdruck kam, nicht zu gefährden.

Genosse Wählig zeigt die grundsätzliche Gegnerschaft der Kommunistischen Partei gegen die Kirchen aller Konfessionen auf. Die von der reaktionären Schiedsregierung erlassene Reibverordnung zur Eintreibung der Kirchensteuer ist nichts anderes

als ein Geschenk auf Kosten der breitesten Massen. Die Kirche hat einen unerfülllichen Wahn, selbst wenn es sich um die Gelder von Kommunisten und Sozialisten handelt. Im Besonderen der allgemeinen Volkshilfe beginnt auch die Kirche ihren Sturz mit jehohannischen Methoden, mit Kottoschreibungen einzutreiben, wobei man die Reichen weitestgehend spart. Die Schiedsregierung gibt der Kirche durch die Kottoschreibung sogar die Möglichkeit, über die staatlichen Steuerbestimmungen hinauszugehen und die Freigrenze von 6000 Mark zu unterschreiten, also von den Welt-tätigen alles herauszupressen.

Es ist eine elende Heuschrecke, wenn man es hier magt, von der „Rot der Kirche“ zu reden, während allein in Sachsen 1400 Geistliche je 5700 Mark verdienen, die höchsten Landesbediensteten 30 Millionen vom Staat einfließen und jährlich Millionen und aber Millionen vom Staat bekommt. Zur selben Zeit wagen es dieselben Leute, die der Kirche nicht genug in den Taschen kopieren können, zu sagen, daß kein Geld da sei für die von den Kommunisten geforderten Erwerbslosenleistungen.

Die SPD erklärt durch K e u, daß sie „grundsätzlich Gegner“ der Kirche sei. Daß das eine schamlose Lüge ist, geht schon allein daraus hervor, daß sie in Preußen, Bayern, Baden usw. Konforbats, die Willkürerklärungen an die Kirche sind, bewilligt, ebenso wie sie mit dem Etat auch die Kleinüberweisungen aus den Steuern der Beamten für die Kirche bewilligt. In der Dresden Kirchenwahl hat die „linke“ höchste SPD ein Mandat erhalten, die „religiösen Sozialisten“ herausgegeben, in dem zum Eintritt in die Kirche und zur Beteiligung an den Kirchenwahlen aufgefordert wird.

Die einzigen Kämpfer gegen Kirche und religiöse Verbundung sind die Kommunisten, was ja auch die unbändige Frege der Kirchen aller Schattierungen gegen den Bolschewismus beweist, die wir mit der Organisierung von weiteren Demonstrationen aus der Kirche beantwortet.

Es ist einfach lächerlich, wenn die Regierung hier erklärt, daß es EW- und EW-Gehälts überhaupt nicht gibt und als einzigen „Beweis“ dafür den — Völligen Beobachter (!!) zitiert. Die Vorlage über die Kirchensteuerreformordnung wird dem Ausschuss übergeben, der kommunistische Antrag, alle Zuschüsse für Bezahlung der Nazi-Parrot zu kürzen, abgelehnt.

In einer persönlichen Erklärung kommt K e u von der SPD etwas davon, daß er das vom Genossen Wählig geäußerte Rand-schreiben nicht glauben könne, wobei es auf die treffenden Zwischenrufe unserer Fraktion hin nur so Ordnungspolizei gegen unsere Genossen hagelt. Der Nachfolger Weidels lohnt seine treue SPD-Stimme!

Kommunisten für die unteren Beamten

Im Interesse der unteren Beamtenschaft fordern die Kommunisten, daß die Gehälter am Monatsanfang voll ausgezahlt werden und daß eine Finanzsicherung der Gehaltszahlungen unbedingt zu unterlassen ist.

Genosse Siegel geißelt einige zu derselben Frage gestellten bürgerlichen und einen nationalsozialistischen Antrag, die meinsten auf das Weihnachtsgeld hinweisen. Für uns spielt das Weihnachtsgeld keine Rolle, wir wollen, daß den unteren Beamten immer voll und pünktlich ihr Gehalt ausgezahlt wird. Es gibt jetzt schon Fälle, wo die Beamten ihr Geld in 2 Monatsraten bekommen.

Wenn die Nazis sich hier scheitern für die Beamten einlegen, so wollen wir daraufhin, daß gerade in den Städten mit Nazi-Regierungen das Kollektiv eingeführt wurde, daß die Beamtengehälter dort gekürzt und nur mit großen Verzögerungen ausgezahlt werden. Die Nazis haben sich in allen Fällen als die Feinde der unteren Beamtenschaft erwiesen.

Weid e l von der SPD richtete „die herzlichste und dringende Bitte an die Regierung, wenigstens vor Weihnachten alles zu tun, was möglich ist“. Genosse Siegel entwarf auch diese Demagogie der SPD, die bereits unter der Hermann-Waldner-Regierung und auch während der Brüning-Regierung dazu überging, die Gehälter der Beamten zu kürzen und so dem weiteren Gehaltsraub Tür und Tor öffnete. Den unteren Beamten helfen nur wir Kommunisten, aber wir sagen ihnen, daß sie mit Petitionen und Beteiligungen nichts erreichen, sondern daß sie sich gemeinsam mit der Arbeiterklasse zum Kampf gegen das kapitalistische System, das ihnen an ihrer Verehrung ist, zusammenschließen müssen.

Vor Schluß der Sitzung verlor Nazi-König die NSDAP und Nazi-Regierungen reinzumachen, was ihm aber nicht gelang. Während geht er zu einer unveränderten Höhe gegen die Gewerkschaften über, worauf ein solcher Protestkamm der Kommunisten leuchtet, daß keine Rede nicht mehr gehört wird.

Die Sitzung wird auf den 15. Dezember vertagt.

Laubegott in der Werbefront

In Laubegott wurden bis jetzt in der Werbefront umgelegt: 734 Arbeiterzimmern, 30 Jugendzimmern, 215 Die Kämpferin, 45 Wohnzelle, 35 Rentenquellchen, 200 Kreuz Welt, 40 Der Arbeitslose, 150 Tuhig und Recht, 510 KZ, 120 Der Weg der Frau, 540 Volkspolizist; zusammen 2649 Zeitungen. Außerdem wurden 625 Brodschüren umgelegt.

Jetzt gilt es mit beständiger Kraft zu werden! Mobilisiert im Zeichen des Ernst-Thälmann-Kampfbots das letzte Mitglied der Partei und der revolutionären Massenorganisationen!

Kamerad Fritz Journeux gekörtet

am Volkswitz verließ am Mittwoch nach langem Leiden an der Prostatiertkrankheit. Er war uns allen ein guter Kamerad und hat bis zuletzt keine revolutionäre Furcht in Partei und Kampfband erfüllt. Alle, die ihn kannten, werden ihm die letzte Ehre erweisen.

KPD und Kampfband gegen den Faschismus, Volkswitz.

Geldmordverbot

Gestern nachmittag verbot ein 10-jähriger Reichswald bei sich in der Wohnung seiner Eltern auf der Finkenburgerstraße mit Gos zu vergiften. Sauerstoffhilfe war erfolgreich. Der Grund zur Tat ist in Furcht vor Strafe zu suchen.

Durch die Glaszelle gehen

Gestern nachmittag gegen 15 Uhr entbrannte in einer Wohnwirtschaft ein Streit zwischen einem Goh und einem Kellerer. Es kam zu einer Schlägerei, bei der der Kellerer mit dem Kopf durch eine Glaszelle gestoßen wurde. Er erlitt schwere Kopfverletzungen und mußte nach dem Friedrichshäuser Krankenhaus gebracht werden.

Die Praxis der bürgerlichen „Winterhilfe“

Unterstützungsabbau statt Erhöhung

KPD-Wohlfahrtsdezernent Kirchof, Dresden, bei der Durchführung des Papenurses. Erwerbsslose, macht Schluß mit der SPD. Reicht euch ein in die Kampffront gegen Hunger und Frost!

Die bürgerliche Presse, der Rundfunk und alle der Papenregierung ergebene Propaganda-Instrumente wurden nicht müde, diesen Beschluß als besondere Güte der Reichsregierung aller Welt anzupreisen. In diesem Beschluß sollten die Erwerbsslosen das „soziale Verständnis“ der Reichsregierung erkennen. Wie es damit bestellt ist, zeigt die Praxis. Die Fürsorgeämter in den Gemeinden gehen rücksichtslos ab, was an lumpigen Gesolden in der Art etwas erhöht worden ist.

Das Dresdner Fürsorgeamt, das unter Leitung des Sozialdemokraten Kirchof steht, hat dabei seine besonderen Methoden. Folgende Beispiele legen davon Zeugnis ab:

Der Arbeiter K. S. bekommt zusammen mit seiner Frau 1200 Mark Unterstützung. Die Frau, die Keilenunterstützung bezieht, beantragte einen Zuschlag für ihren Ehegatten, der auch geachtet wurde. Dieser Zuschlag wurde aber von der Fürsorgeverwaltung des Mannes sofort abgelehnt. Der Mann erhielt nur noch 2,10 Mark. Als nun der Frau eine Winterbeihilfe von zwei Mark bewilligt werden sollte, teilte das Fürsorgeamt dem Arbeiter K. S. mit, daß er insofern überhaupt keine Unterstützung mehr bekommen könne.

Um Kohlen und Unterhülfen gebracht

Taschke passierte dem Erwerbsslosen J. D., dessen Frau ebenfalls zwei Mark Winterbeihilfe bewilligt erhalten hatte. Auch ihm wurde der letzte Rest seiner Fürsorgeunterstützung von 2,10 Mark gekürzt. Gleichzeitig wurde ihm mitgeteilt, daß er nun nicht auch keine Kohlenbezugsscheine mehr bekommen könne. Seine Frage wurde also durch die „Winterbeihilfe“ sogar noch verschlechtert.

Derhöhung der Erwerbsslosen

Ein anderer Arbeiter erhielt von der Fürsorge ein Schreiben, in dem es heißt:

Lungenkranke Arbeiterin von der Fürsorge

Auf die Straße gefetzt!

Die Witwe Gerlich, wohnhaft im Wl. Kitzpfeiden 9, leidet an Lungenemphysem. Da sie mit ihren zwei Kindern nur eine wöchentliche Unterstützung von 14,70 Mark bekommt, erfordern einige Mark Mietzuschüsse. Sie erhielt daraufhin vom Wohlfahrtsamt folgendes Schreiben:

„Unter Bezugnahme auf die an Sie wiederholt ergangenen Schreiben teilen wir mit, daß es uns nicht mehr möglich ist Ihnen die Unterstützung im Familienverband Kitzpfeiden u. Hunger zu belassen, da Sie Unterstützungsbeträge fast nicht zahlen... Weiterhin ist Ihnen bekannt, daß es sich bei den Unterstützung nur um eine vorübergehende Unterbringung handelt... Wir fordern Sie daher auf, diese binnen 4 Wochen, vom Tage der Zustellung dieses Schreibens an gerechnet, zu beenden, andernfalls Sie mit Zwangsmaßnahmen zu rechnen haben.“

Ein Gehuch auf Verlängerung der Frist wurde abgelehnt, ihr droht mit strengen Zwangsmaßnahmen gebot.

So treibt das Fürsorgeamt mit dem Sozialdemokraten Kirchof an der Spitze schwerkranke Proletarierfrauen mit ihren Kindern auf die Straße!

„So hat er doch in den vergangenen Jahren...“ Schon mehrmals versuchte der Arbeiter Joseph K. in die geborene Fürsorge zu kommen. Früher lehnte die Fürsorge seinen Antrag mit der Begründung ab, daß der Antragsteller in einem ehemals deutschen Gebiet geboren wurde, welches jetzt zu Polen gehört. Zur Ablehnung eines erneuten Antrages brachte das Fürsorgeamt eine noch haarträubendere Begründung. Es steht wörtlich in der Begründung:

„Es können nach § 17 der Reichsgrundzüge, nur alte oder durch geistige bzw. körperliche Gebrechen erwerbsunfähig gewordene Personen „gleichgestellt“ werden, die trotz wirtschaftlicher Lebensführung auf die öffentliche Fürsorge angewiesen sind. Wenn ich Herr K. jetzt, bedingt durch das ihm überkommene Leiden, einen solchen Lebenswandel führt, so hat er doch in den vergangenen Jahren eine solche Lebensführung nicht verwirklicht.“

Es wird immer schöner. Heute lehnt das Wohlfahrtsamt sogar eine Unterhülfe ab, weil der Antragsteller „früher einen guten Lebenswandel vermissen lieg“.

Steuern zahlen erlaubt — aber Wohlfahrt...?

Unsere frische Reichsüberwallung sieht auch vor, daß vom Staat für arme Familien gelorgt werden soll. Wie sich aber der Staat und seine Wohlhabensinsassen um das Schicksal armer Familien kümmert, zeigt folgender Fall. Ein Familienvater von vier Kindern erludie das städtische Fürsorgeamt bringend um wärmende Sachen für seine kranken und frierenden Kinder. Das Wohlfahrtsamt jedoch lehnte dieses Gehuch ab. Hören wir den Grund:

„Wohlfahrtsamt der Stadt Dresden. Ihr Gehuch um Sachbewilligung für ihre Kinder kann nicht bewilligt werden, da sie von uns Arbeit erhalten haben und in Wohlfahrtsberechtigung stehen.“

Wie heißt es aber mit der Arbeit dieses Familienvaters. Er arbeitet seit fünf Monaten in einer Wohlhabensbeihilfung an der Gibe. Er kann natürlich mit seinem löchlichen „Wohlfahrtslohn“ nicht ausreichend für seine Familie sorgen. Alle Gehuche um Bewilligung von Kleingeldern werden ihm abgelehnt. Dafür ging ihm aber vom Stadtbesorgeramt folgender Bescheid zu:

„Stadtbürgeramt, Dresden. Ihr am 17. 10. hier eingereichtes Gehuch um Erlich der Bürgerkammer 1931 und 1932 haben wir abgelehnt müssen. Sie werden daher ersucht, die Rückstände fristgemäß abzurufen.“

Hilft Ihr arbeitslose Familien wenig man so etwas behaupten? — — —
Mit großen Taktik versucht man gerade vor Weihnachten die Wohlhabenspflichtig zu machen. So wird an allen Ecken geprügelt und geprügelt. Das aber den Bedürftigen keine Hilfe bringt — ja, daß sie sogar noch mehr ernten — zeigen die von uns übermittelten Beispiele aus Dresden.

9600 warten auf dich! Heraus zum Grobammeltag für die Winterhilfe der Roten Hilfe am 11. und 12. Dezember!

RUND UM DEN ERDBALL

„Wann kann ich dich sehen?“ / Von Lea

— oder die beleidigte Unschuld

Es wäre dies direkt ein Titel für einen Roman in drei Teilen und fünf Bänden. Dies um so mehr, als die Handlung sich über die zwei größten Städte Europas, über Berlin und London erstreckt und in einem Berliner Gericht ihren Ausgang findet. Aber, um es gleich vorweg zu nehmen, es handelt sich hier um keinen Roman, sondern um ein tatsächliches Geschehnis.

„Wann kann ich dich sehen?“ ist der Inhalt eines Telegramms, das der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie, Otto Wels, an den englischen Außenminister Henderson, der ja gewissermaßen auch Vorsitzender der II. Internationale ist, gerichtet hat.

Wozu das Telegramm nicht direkt rührend an? Welchen Eindruck zum Beispiel würden Sie gewinnen, wenn Ihnen der Postbote plötzlich ein solches Telegramm brächte? Jemand würde von Rührung und Sehnsucht gepackt und möchte Sie gerne sehen. Nun, Wels und Henderson sind beide Sozialdemokraten, wie Wels sich ausdrückt, alte Freunde, und was Wunder, daß der eine von Sehnsucht gepackt wird, den andern zu sehen und dieser Sehnsucht auf telegraphischem Wege Ausdruck verleiht.

Henderson ist in jenen Tagen ein vielbeschäftigter Mann, muß die Angelegenheiten seines Reiches des Königs von England besorgen und hat alle Hände voll zu tun. Trotzdem wird er antwortend durch dieses Telegramm von Rührung übermannt und antwortet prompt, natürlich telegraphisch: „Dienstag im Augenblicke.“

Ob der liebe Henderson eine Enttäuschung erlebt hat, wissen wir nicht, denn es handelt sich bei diesem Telegramm, wie wir bald erfahren sollten, nicht um eine plötzlich erwachte Sehnsucht, sondern lediglich um eine materielle Angelegenheit. Es war Sommer 1911. In der Reichshalle herrschte Eile. Brüning, der Mann der Notverordnung, befand sich in großer Not. Die Banken fragten, der Bau eines neuen Bankergesetztes, der ungefähr 50 Millionen kosten sollte, war gerade in Angriff genommen. Und die Amerikaner lehnten eine Anleihe an Deutschland mit dem Hinweis ab, daß man noch Mittel für den Bau von Panzerkreuzern besitzt, die Not doch nicht so groß sein konnte.

In seiner Not wandte sich nun Brüning an den Vorsitzenden der Sozialdemokratie Otto Wels und erteilte ihm den Auftrag, bei Henderson ein gutes Wort für ihn einzulegen.

Daran war nichts Neues. Als kürzlich Herr Brand irgendeine Aktion gegen die preussische Polizei im Rheinland plante da landete man ebenfalls einen Sozialdemokraten, und zwar den „Reichsminister“ Reichsminister Schill zu Wandermelde, um ihn zu veranlassen, der Brand ein gutes Wort einzulegen. Und es hatte gewirkt. Warum sollte man es nicht ein zweites Mal versuchen? Otto Wels packte seine Koffer, nahm gleich den „Reichsminister“ Reichsminister Schill bei sich, gelang in solchen Dingen bereits Erfahrung hatte, mit ihm beide teilten nach London.

Im Außenministerium fand man zwischen Wels und Schill eintrachtige und warme Beziehungen andererseits eine Kusinade hat eine Kusinade zwischen dem Reichsminister zu Wandermelde und dem Reichsminister Schill zu Wandermelde hin auf die Not, in der sich Brüning, der Mann der Notverordnung, befand und ungezügelt Henderson davon, daß der Bau eines Bankergesetztes und die Rettung der Bankhäuser geradezu eine kapitalistische Notwendigkeit seien.

Somit so laut Würde Gerechtigkeit auf Erden herrschen, kann die Besetzung mittels Notverordnung an Wels und Schill ein goldenes Verdienststück I Klasse erteilen müssen. Aber was ist das? Die Amerikaner nahmen diese patriotische Stelle von Wels zum Anlaß, um ihn des Vaterlandsverrats zu bezichtigen. Er soll

Brüning, soll die Notverordnungen verraten haben! Kann man sich noch einen größeren Hohn vorstellen?

Natürlich nahm Wels diese Beleidigung nicht schweigend hin. Er verließ den Reichstag der „Deutschen Tageszeitung“ und irgend einen anderen hugenbergischen Journalisten wegen Ehrenbeleidigung.

Nun sollte die Sache gerichtlich geklärt werden. In erichternden Worten schaltete Wels im Gerichtssaal sein Leid. Wels, wenn es um seine Person selbst ginge er würde kein Wels daraus machen. Aber auf dem Spiele stehen die Ehre seiner Partei, der SPD.

Seit Jahr und Tag, so erklärt Wels, sei seine Partei den un-

geheuerlichsten Verleumdungen ausgesetzt obwohl sie, wie kaum je eine Partei in der Welt, in Vaterland gebracht habe. Mit einem Heroismus, den wir alle bewundern, hat sie sich gegen die Verleumdungen des Vaterlandes unterstellt. Ja, sie hat sogar vor einer Spaltung nicht zurückgeschreckt, habe sie sich für den Fall, daß die Regierung nicht zurücktritt, zu geben. Und in den norddeutschen Reich der patriotischen Front stehen zu können. Und trotzdem wagen sich die bösen Jäger der Verleumdung an sie heran. Ihm, Wels, sei es nun daran, daß einmal mit diesen Verleumdungen Schluss gemacht, daß der Wahrheit die Ehre gegeben wird.

Da Wels zur Reichstags-Sitzung eilen muß, und da andererseits auch Brüning als Zeuge vorgeladen werden soll, mußte die Verhandlung vertagt werden. Wie aber wollen schon heute Wels und seiner Partei das Zeugnis ausstellen, daß sie wirklich unerschütterlich verurteilt werden, daß sie wirklich seit Jahrzehnten alle Interessen der Arbeiterklasse dem Dienste des Patriottismus geopfert haben. Der Wahrheit die Ehre!

Ende eines Weltfluges

Unser Bild zeigt die völlig zertrümmerte Flugmaschine des amerikanischen Fliegermajors Loew, der bei einem Rekordflug um die Welt bei den Viktorialfällen in Madagaskar abstürzte. Der Flugzeugführer wurde getötet, während Loew und seine Begleiter mit dem Leben davonsamen.



Glosse vom Tage Unser Verdienst

Ulrichs „FJ“ meldet triumphierend, daß sein geringeres als Kerenki in den Räumen des Reichshauses erschienen ist, um die Druckerei und die Redaktion des „Ulrichs“ zu bezeichnen. Wadell, ein ungeheures Ereignis. Es ist doch keine Kleinigkeit, wenn ein Mann, der einen so ungeheuren „Erfolg“ hat wie ihn Kerenki heute besitzt, die Ulrichs erachtet. Nun, wir können Ulrichs das Vergnügen von ganzem Herzen, wir sind nämlich keine „Widder“, aber...

Aber wenn verdammt Ulrichs diesen Erfolg? Welchen Verdienst hat es, daß Kerenki heute in der Lage ist, Ulrichs zu bezeichnen? Unser Verdienst ist es, das Verdienst des Volkshumanismus. Wenn wir im November 1917 nicht die Revolution durchgeführt hätten, befände sich heute Kerenki nicht in Berlin und hätte keine Gelegenheit, Ulrichs zu bezeichnen. Ulrichs müßte sich also bei uns bedanken.

Er tut es nicht. Er erwähnt mit keinem Wort, daß er diesen Umstand uns zu verdanken hat. Aber trotzdem — wir sind auf dem Punkt nicht sehr erpicht und verprechen Ulrichs, daß wir alles daran setzen werden, damit auch Staatsmännern in anderer Länder die Gelegenheit geboten wird, frei und unabhängig von Staatsgeschäften solche Besuche abzuhalten zu können.

Der Leichenfund bei Wahrendorf

Vom Freund ermordet?

Enten, 8. Dezember. Zu dem Leichenfund bei Wahrendorf erzählt man nach folgende Einzelheiten: Die Leiche des Siedlers Willi Müller war nur mit Hemd und Pullover bekleidet. Die Beine waren mit dem Leibereimen des Ermordeten zusammengeknüpft. Der Kopf wies zehn tiefe Stichwunden auf. Die Leiche war mit acht Helikettens beladener Müller, der 21 Jahre alt und ledig war, hatte vor einiger Zeit eine Siedlerhütte in Wahrendorf erworben und galt als ruhiger und fleißiger Mensch. Er wurde seit dem 4. November vermisst. Die Staatsanwaltschaft sowie die Landesstrafpolizei sind heute noch am Montag nachmittag in Wahrendorf ein. Bei einer Befragung der Wohnung des Siedlers wurde festgestellt, daß sich in seiner Schlafkammer Blutspuren befanden. Es kann mit größter Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß Müller in seiner Schlafkammer ermordet worden ist. Ein Freund Müllers, der seit längerer Zeit mit einer Freundin auf der Siedlerhütte des Ermordeten tätig war, hat bald, nachdem Müller vermisst wurde, die Siedlerhütte verlassen.

Deckerreich „Janiet“ ist

Wien, 8. Dezember. Die Schmeiringer Hotel- und Kuranstalt-AG, erhielt von der niederösterreichischen Landesregierung die Konzession für die Errichtung eines „Alpenraus“. Die Errichtung soll noch vor Weihnachten stattfinden. Da die Genehmigung einer von der Bundesregierung erbetenen Konzession für eine Spielbank noch nicht erteilt ist, wurde von der niederösterreichischen Regierung erlaubt, ein elektrisch betriebenes Billardspiel, genannt „Caslette“, zu betreiben, ein sogenanntes Gesellschaftsspiel.

Französischer Stadterordner als Mädchenhändler

Paris, 8. Dezember. Die große Mädchenhandelsangelegenheit die vor einigen Wochen in Marseille aufgedeckt wurde und wegen der bereits einige Verurteilungen verhängt wurden, die ihre Opfer nach Argentinien und Südamerika verbannt hatten, hat jetzt durch die Verhaftung eines Stadterordneten aus einer Stadt der Provence eine neue aufsehenerregende Wendung genommen. Der Stadterordnete wird beschuldigt, den Mädchenhändlern zur Verfügung zu stehen und ihnen besonders bei der Beschaffung falscher Papiere behilflich gewesen zu sein, obwohl er erklärte, daß die Mädchen in den Frauenhäusern Südamerikas und Neapels untergebracht werden sollten.

Eufmord an achtfährigem Knaben

Kalenburg (Schlesien), 8. Dezember. Der achtfährige Bruno Hulse, der seit gestern abend vermisst wurde, ist heute mit durch die mittlere Ache auf einem Feldweg ermordet aufgefunden worden.

Die Leiche des Knaben lag dicht am Wege in einer Ackerfurche. Die Untersuchungskommission stellte fest, daß an dem Knaben ein Eufmord begangen worden ist. Der Mörder hat seinem Opfer die Ache bis an die Wirbelsäule durchgeschnitten. Spuren zeigen, daß der Knabe Widerstand geleistet hat.

Der Schneefall, der bei der milden Witterung den Boden aufweichte und dann alles juckte, hat sämtliche Spuren, die zur Ermittlung des Täters führen könnten, verwischt.

Aus aller Welt

Die im Alter von 2, 4 und 6 Jahren stehenden Kinder des Siedlers Gerlach in Weichsel bei Wohlau in Schlesien sind durch Rauchergiftung gestorben. Gerlach hatte auf dem Ofen des Zimmers, in dem die Kinder schliefen, Holz zum Trodnen gelegt, das zu glimmen begann.

Großfeuer in den Suezkanal-Lagerhäusern

London, 8. Dezember. In den Suezkanal-Lagerhäusern brach ein großes Feuer aus, das ungeheuren Schaden anrichtete. Die Gebäude und Schuppen brannten fast vollständig nieder. Der Schaden wird auf drei Millionen Mark geschätzt.

Erdbeben infolge starker Niederschläge

Paris, 8. Dezember. Infolge der starken Niederschläge der letzten Tage ist ein bedeutendes Erdbeben bei Cannes unweit von Toulon entstanden. Nach der Berechnung der Ingenieure bewegte sich der wankende Berg mit einer Geschwindigkeit von 20 Zentimeter in der Stunde. Mehrere Arbeitergruppen sind lieberhaft damit beschäftigt, den Erdstoß abzufangen, der den Eisenbahnbetrieb zwischen Cannes und Capdenac zu unterbrechen droht.

Schweres Verkehrsunfall bei Radom

Warschau, 8. Dezember. In der Nähe von Radom wurde ein Bauernwagen mit fünf Insassen in dem Augenblick, als er den Bahndamm überqueren wollte, von einem heranbrausenden Zug überfahren und vollständig zertrümmert. Vier Insassen wurden auf der Stelle getötet und der Fuhrmann schwer verletzt.

„Hoch zu Roß“



Kein Karnevalsbild, sondern der Einzug zweier Nazis, das heißt eines Rosse und eines reitenden Abgeordneten in den Reichstag. Der wackere Nazimann hatte sich offenbar das Pferd für einen Einzug ins „Dritte Reich“ vorbereitet. Nun verwendete er es wenigstens für einen Einzug in den „Weimarer“ Reichstag.

Neue der W

Vor mehreren Jahren der Papst kommunizierte Briefe in den Briefkästen eine genaue Liste, daß jeder...

Die ersten

zu seiner Arbeit...

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

„Nichtig ist es...“

Neue Enthüllungen über die geheimen Verhandlungen der ADGB-Führer mit der Regierung und den Nazis

Vor mehreren Monaten konnte die kommunistische Presse enthüllen, daß geheime Verhandlungen zwischen Vertretern der Papen-Schleicher-Regierung und den ADGB-Führern Leipart und Eggert stattgefunden haben. Die kommunistische Presse mobilisierte die Arbeiter gegen diesen Kurs der ADGB-Führer. Der Vorwärts erklärte damals in den härtesten Tönen gehedelter Entrüstung alles für „Lüge und Erlösung.“

Die ersten Verhandlungen in der Reichsjustiz

In seiner Überausgabe vom 6. Dezember schreibt der Vorwärts:

„Wichtig ist an dem Bericht über die Sitzung am 20. Juli lediglich das Datum.“

Damit ist die Tatsache der Sitzung zugegeben, wenn auch der Bericht noch den Inhalt des bekannt gewordenen Berichts abhandelt. Nach diesem Bericht hat wenige Tage nach dem 20. Juli ein Vertrauensmann des Reichsjustizministers Schleicher Leipart telefonisch angerufen und ihn zu einer Sitzung am 30. Juli, nachmittags, in die Reichsjustiz eineladen. Die Sitzung wurde am 30. Juli unter dem Vorsitz des Reichsjustizministers Papen, als des damals neuernannten Reichsjustizministers für Preußen, im Anwesen der Vertrauensmann, Staatssekretär Brand, Vertreter des Reichsjustizministeriums und vom ADGB-Vorstand Leipart, Eggert und Graßmann, verhandelt wurde in die-

ter Sitzung im wesentlichen über folgende zwei Fragen, die vom Reichsjustizminister Papen vorgetragen wurden:

1. Die Reichsregierung hat ein Interesse, zu wissen, ob die Gewerkschaften ihrer Seite über sich, ganz gleich, wie die Wahlen ausfallen.
2. Die Reichsregierung ist interessiert, zu erfahren, ob der ADGB bereit ist, an einer Aussprache teilzunehmen in der über die weitere Entwicklung der Gewerkschaften gesprochen wird.

Die erste Frage wurde von den Vertretern des ADGB abgelehnt. Die Gewerkschaften hätten ihre Seite ablosiert in der Sache, was der 20. Juli zum Beispiel bewiesen hätte. Man könne die Garantie auch für den Wahlausgang übernehmen.

Zu der zweiten Frage äußerte sich Eggert. Er gab keine Bereitschaft zu solchen Verhandlungen bekannt. Leipart hat sich beglückwünschte zu dieser Frage nicht geäußert. Die Zustimmung Eggerts geschah, obwohl von Regierungsseite betont wurde, daß man auch Gegner der Gewerkschaften (Nazis!) hinzuzuziehen gedachte.

Es wurde vereinbart, daß zu der Sitzung unbedingt der Innenminister Gans hinzugezogen werden solle und daß auch der Arbeitsminister Schäfer eine Aufforderung erhalte.

Leipart, Schleicher und Straßer sind sich einig über die Infiltration der Gewerkschaften und ihre Eingliederung in den Staatsapparat

Die vereinbarte zweite Sitzung fand am 9. September statt, die wenige Tage, nachdem die große ungeheuerliche Sozialabbau-Entscheidung vom 4. September und die Lohnabbau-Notverordnung vom 5. September diktiert waren. In dieser Sitzung wurde der Reichsjustizminister Schleicher den Vertretern der Regierung waren ferner anwesend Staatssekretär Brand, Reichsjustizminister von Gans und Reichsjustizminister Brand. Vom ADGB-Vorstand waren erschienen Graßmann, Eggert und Drösel. Von der Nationalsozialistischen Betriebsorganisation war erschienen Wagner, als Vertreter der NSDAP Gregor Straßer. Nachdem sich die Teilnehmer miteinander bekannt gemacht hatten,

Hielt der NSDAP-Leiter Wagner das einleitende Referat.

Er betonte, daß das einseitige Festhalten der Gewerkschaften am Kampferischen Standpunkt die NSDAP-Verände in eine hoffnungslose organisatorische und finanzielle Lage gebracht habe und daß die Arbeit anfangs, unfruchtbar zu wirken. Es müßte deshalb eine grundsätzliche Änderung der gewerkschaftlichen Einstellung erstrebt werden. Er schlug für die NSDAP vor,

daß die Gewerkschaften unter Wahrung ihres organisatorischen und personellen Bestandes in den Staatsapparat eingegliedert werden.

Es könnte ihnen dann ein ganz neuer Aufgabebereich zugewiesen werden, so zum Beispiel die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung und andere sozialpolitische Aufgaben.

Gregor Straßer schloß sich den Ausführungen Wagners an, wobei er besonders „die von mir vertretene Partei“ betonte. Von Seiten des ADGB äußerte sich als erster Eggert. Er betonte die notwendige Uebervereinbarung mit den Nazi-

stellungen Wagners. Insbesondere die Uebernahme von staatlichen Funktionen durch die Gewerkschaften sei zu begrüßen.

Aber die Durchführung solcher Pläne würde jetzt noch auf Widerstand stoßen, denn es bedarf

Ein Beispiel erfolgreicher Betriebsarbeit!

Bahnarbeiter verweigern Ueberstunden

Daraus mit Partii. 6 Betriebsarbeiter für Partei und revolutionäre Massenorganisationen gewonnen

(Arbeiterkorrespondenz)

Nachdem im September d. J. 32.000 Arbeiter bei der Reichsbahn entlassen worden sind (in Birna 6 Prozent), stellt man sich drei Wochen in Birna wieder Arbeiter ein, aber ohne Rechte, wie Ferienfreibeiheime usw. Lohn beträgt 48 bis 62 Pfennig pro Stunde. Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, was unter-
strichen werden mußte.

Trotz der Bierpreisvermehrung mußten aber Ueberstunden geleistet werden und zwar wurde von 6.30 Uhr früh bis 23.30 Uhr gearbeitet unter Aufsicht des bekannten Rotenmeisters Lehmann.

Es herrschte an der Ueberstunden keine Erregung, als am anderen Tage wieder Ueberstunden geleistet werden sollten. Geschlossen verließ die Arbeiterhaft zur Pfingstfesten Stunde die Arbeit.

Auf Grund der intensiven Arbeit einzelner Kollegen wurde folgende Protestaktion beschlossen:

Die bei der Bahnhofsarbeit Birna beschäftigten Arbeiter erhoben den allerhöchsten Protest gegen das Todesurteil des Arbeiters Bartl.

Die folgende folgende Mitteilung des Arbeiters Bartl und seiner Genossen aller politischen Organisationen. Sie glauben alles einzugehen für diese genannten Forderungen.

den NSD zur Zeit noch eine große Anzahl von revolutionären Elementen in den Gewerkschaften.

In diese Ausführungen von beiden Seiten schloß sich eine lebhaft Aussprache an. Wie groß die Uebervereinbarung in dem verarmten Grenzraum war, zeigt der folgende Vorfall: Als von einer Seite der Einspruch gemacht wurde, ob nicht das Zusammenkommen so verschiedener Elemente in den Gewerkschaften, wie die Nationalsozialisten und Nazis, die Zusammenarbeit fördern würde, antwortete Wagner (Nazi) mit dem bezeichnenden Zwischenruf, daß das kaum zu befehlen sei, denn dann handele es sich ja um die Arbeit in einer Behörde. Das erwiderte „Beitritts von allen Seiten“. Die Sitzung wurde mit dem Dank Schleichers an die Teilnehmer und für die lebhafte Aussprache geschlossen mit der Festsetzung, diese erste Uebervereinbarung in weiteren Besprechungen fortzusetzen.

Wir unterbreiten diese ungeheuerlichen Tatsachen der gesamten Arbeiterchaft. Jetzt werden auch Leute von NSD-Arbeitern erkennen, daß die NSD- und ADGB-Führer schon das Papen-Schleicher unterstützt haben und daß sie entsprechend dieser Politik den Streikbruch in zahlreichen Arbeiterkreisen, insbesondere beim großen Berliner Verkehrsarbeiterstreik, organisierten. Der Bericht über die geheimen Verhandlungen wird behauptet durch die Ereignisse der letzten Tage, durch die offiziellen Besprechungen Schleicher-Leipart, durch den Brief Leiparts an Schleicher, durch die Erklärungen Leiparts an den Vertreter der Pariser Zeitung „Ereignis“ und durch die Haltung der NSD-Führer zum Schleicher-Schleicher. Mit ihrer ganzen Kraft, wenn auch den Arbeitern gegenüber verheißt durch Oppositionspropaganda, unterstützen die NSD- und ADGB-Führer die leitende Diktatur.

In allen Betrieben, in allen Gewerkschaftsversammlungen muß dazu Stellung genommen werden. Arbeiter, wendet euch gegen die veräulterte Politik der NSD- und ADGB-Führer, vereinigt euch in der roten Einheitsfront des Kampfes gegen das Kapital. Steigert die ideologische Offensive bei der Mobilisierung zu den Gewerkschaftswahlen!

Lohnbewegung der sächsischen Landarbeiter

Organisiert unter der Führung der NSD den Streik für eure Forderungen!

Die Bauernschaft für alle sächsischen Landarbeiter hat von den Junkern für den 31. Dezember 1932 gefordert worden.

Die Junker haben zu neuen Schlägen gegen die Landarbeiter aus. Die überhörselnde Hinnahme der vorhergehenden tariflichen Abbaumaßnahmen, besonders die durch die letzten Betriebsratung der DVB (Deutscher Landarbeiter-Verband) Führer christlichen Lohnabnahmen am 8. Juni d. J., ermutigen die Junker zu neuen, verheerenden Angriffen auf die Hungerlöhne der Landarbeiter.

Gänzliche Vereitelung der Vorläufe

Das ist das Ziel der Junker. Sie wollen ihren Lohnslaven den „Lohn“ nur noch in Naturalien ausgeben. Damit wollen sie einen höheren Profit erzielen, da sie ja in der Regel die mindermwertigsten Produkte liefern, sie aber den Landarbeitern zu den höchsten Preisen absetzen und zweitens sollen die Landarbeiter — die dann ohne jeden Pfennig Geld belassen — noch weiter an den Betrieb des Junkers gebunden, der Willkür der Junker völlig ausgeliefert werden.

Die NSD-Führer verraten die Landarbeiter

Am 31. Mai d. J. schloßen die Bonzen des NSD vor dem Reichsbauamt in Halle eine freie Vereinbarung ab, die eine ungeheure Senkung der Löhne vorsah.

Bemüht verweigern sie den Termin des Ablaufs des Lohnvertrags auf den 31. Dezember 1932. Die Junker und NSD-Führer hoffen, daß es in dieser für landwirtschaftliche Betriebe ruhigen, für landwirtschaftlichen Zeit möglich ist, den Lohn erneut senken zu können. Sie glauben, in dieser Zeit, wo die meisten Landarbeiter entlassen sind und nur noch wenige in den Betrieben sich befinden, ihre Pläne verwirklichen zu können. Aber die Junker und ihre Verbände, die NSD-Führer, werden sich irren. Auch die im Deutschen Landarbeiter-Verband organisierten Kollegen erkennen immer jählicher und klarer, daß ihre Führer sie verraten, sie betrügen immer mehr zu verstehen, daß es nur möglich ist, gemeinsam mit ihren NSD-Kollegen und unter Führung der NSD und gegen den Willen ihrer NSD-Führer den Kampf um die Verhinderung der Durchführung der Pläne der Junker zu führen.

Die NSD ist der Freund der Junker und der Großbanken und der Feind aller Landarbeiter. Ueberall dort, wo die Landarbeiter die Vorläufe der Junker mit dem einzig richtigen und zum Erfolg führenden Mittel, dem Streik, boomerangieren, stellen die Nazis den Streikenden in den Rücken, organisieren sie den Streikbruch. Denkt an Nitzsche, Wagnier!

Darum gilt es, die nervösen NSD-Arbeiter von der Politik ihrer Führer, die meistens Wölfe und Junker sind, loszulösen, sie für den gemeinsamen Kampf aller Landarbeiter zu gewinnen und die Führer der Nazis zum Teufel zu jagen.

Schließt die rote Einheitsfront aller Landarbeiter zum Kampf!

Für die Landarbeiter gilt es, die Pläne der Junker zu durchkreuzen. Darum müssen sie auf jedem Gut, auf jeder Stempelstelle, in allen Versammlungen ihrer Zahlreichen die Landarbeiter zum Kampf und zur Solidarität mobilisieren. Sie müssen das Bündnis mit den wertvollen Bauern herstellen. Sie müssen auf jedem Gut einen vorbereiteten Kampfausschuss wählen, auf jedem Gut ein betriebliches Kampfprogramm aufstellen und daselbst mit den berechtigten Forderungen der Landarbeiter verbinden.

Die Landarbeiter müssen sich lehrer um die NSD halten und unter ihrer Führung die rote Einheitsfront aller Landarbeiter, bei gleichzeitiger Entlassung der NSD-Führer und der Politik der freibühlerischen Nazis herstellen. Die Landarbeiter müssen die Organisierung des Kampfes gegen die Pläne der Junker unter folgenden Hauptforderungen beginnen:

1. Gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen jede Entlassung.
2. Für Abschaffung des Depressionslohn und Angliederung der Gewerkschaft an die der Industriearbeiter.
3. Einheitsfront gegen die Junker.
4. Abschaffung der Warteschlangen, Verhinderung von Währungsmaßnahmen durch die Banken und Reich.
5. Beibehaltung des Arbeitsvertrages.
6. Beibehaltung der notwendigen Landarbeiterorganisation, Gleichhaltung der Landarbeiter in sozialer und rechtlicher Beziehung mit den Industriearbeitern.

In allen Betrieben und Gewerkschaften

müssen die Arbeiter zu unseren heutigen Enthüllungen über die Geheimverhandlungen der NSD-Führer und gleichzeitig zu den bevorstehenden Gewerkschaftswahlen Stellung nehmen. Richt die Kollegen über die weitere Rolle der sozialistischen Führer auf. Ueberall, in allen Betrieben, Gewerkschaften und Zahlstellen des Bereichs der Ortsvereinigungen der freien Gewerkschaften Brodem

Müssen Delegierte zur Oppositionskonferenz am 15. Januar gewählt werden!

Das Dokument: Die Erklärungen Leiparts für die Schleicher-Diktatur

Der Bericht über das journalistische Interview des ADGB-Führers Leipart mit seinem langjährigem Bekannten zu Schleicher ist in der Pariser Zeitung „Ereignis“ vom 4. Dezember 1932 veröffentlicht. Der Bericht ist unterzeichnet von dem Berliner Korrespondenten des „Ereignis“, Paul Genta, und datiert aus Berlin vom 2. Dezember. Der französische Journalist teilt mit, daß das Gespräch im privaten Sitz des ADGB, in einem Lagerhause „Birn“ stattgefunden hat, wo ihn Leipart empfangt. Die mündliche Weitergabe des Interviews lautet:

Frage des Interviewers: „Wie wird die Haltung des ADGB gegenüber dem Reichshauptler sein?“

Leipart: „Was keine politische Vergangenheit anbetrifft, so haben wir dem Reichshauptler nichts vorzuwerfen. Die letzte Frage steht im Vordergrund der Besorgnis und der Sorge eines Mannes ist, in den gewerkschaftlichen Kreisen eine Entspannung herbeizuführen, damit das neue Kabinett in seiner politischen Tätigkeit nicht durch den Widerstand der Arbeiter behindert wird.“

Bemerkung des Interviewers: „Ich hätte bei dem Gener. mit dem Leipart sprach, daß dieser die besten Verbindungen zu Schleicher hat und daß er sogar eine große Bewandlung für ihn empfand.“

Leipart: „Ja, er ist für.“

„Ich werde mich nicht auf politischen Boden wagen. Die Mission der Gewerkschaften besteht vor allem darin, ökonomische Probleme, Tarif- und Lohnfragen zu lösen. Das oben haben wir dem Herrn General geteilt, er möchte den Arbeitern Arbeit geben. Wir wollen aufpassen, daß man die Notverordnungen ändert, durch welche von Papen die Löhne und die Arbeitslosenunterstützung abgebaut hat. Die Bedingungen haben wir gemildert, haben wir hinzugefügt, sobald die finanzielle Lage des erwünschten wird.“

Der Interviewer: „Wenn der Herr General mit diesen Bedingungen einverstanden ist, wird der ADGB dem Reichshauptler die nötige Zeit geben, damit er die Arbeit beibehalten?“

Leipart: „Nein, das wird uns nicht gefallen. Wir werden noch verlangen, daß die neue Regierung für einige Zeit ihre Verbindungen über die Verfassungsgesetze und über den Reichshauptler hinweg.“

Interviewer: „Am wahrscheinlichsten, wenn ich zu verstehen habe, wird der ADGB geneigt, sich die politische Kontrolle zu unterwerfen gegen etwaige Beschränkungen, wenn die Erfüllung der Punkte, die wir vorher angeführt wurden, wird doch bis zum 15. Januar (15. Januar) dauern?“

Bemerkung des Interviewers: „Wie bringt die Partei „Ereignis“ den, kann der Gewerkschaften eine Protestbewegung nicht unterbreiten und er läßt sich.“

Leipart: „Ich verheißt Sie, daß der Herr General von Schleicher nicht der Streik ist, den Sie im November, ja, im Herbst haben gehalten, die die langjährige Stimmung von Schleicher ändern, aber die die Gleichberechtigung von Schleicher, das ist nur ein alle Samstags Parole. Schleicher, der (in Schleicher), ist ein Mann, der, würde ich nicht, und Schleicher, würde ich die NSD unterliegt.“

Leipart: „Ich verheißt Sie, daß der Herr General von Schleicher nicht der Streik ist, den Sie im November, ja, im Herbst haben gehalten, die die langjährige Stimmung von Schleicher ändern, aber die die Gleichberechtigung von Schleicher, das ist nur ein alle Samstags Parole. Schleicher, der (in Schleicher), ist ein Mann, der, würde ich nicht, und Schleicher, würde ich die NSD unterliegt.“

Leipart: „Ich verheißt Sie, daß der Herr General von Schleicher nicht der Streik ist, den Sie im November, ja, im Herbst haben gehalten, die die langjährige Stimmung von Schleicher ändern, aber die die Gleichberechtigung von Schleicher, das ist nur ein alle Samstags Parole. Schleicher, der (in Schleicher), ist ein Mann, der, würde ich nicht, und Schleicher, würde ich die NSD unterliegt.“

Leipart: „Ich verheißt Sie, daß der Herr General von Schleicher nicht der Streik ist, den Sie im November, ja, im Herbst haben gehalten, die die langjährige Stimmung von Schleicher ändern, aber die die Gleichberechtigung von Schleicher, das ist nur ein alle Samstags Parole. Schleicher, der (in Schleicher), ist ein Mann, der, würde ich nicht, und Schleicher, würde ich die NSD unterliegt.“

Leipart: „Ich verheißt Sie, daß der Herr General von Schleicher nicht der Streik ist, den Sie im November, ja, im Herbst haben gehalten, die die langjährige Stimmung von Schleicher ändern, aber die die Gleichberechtigung von Schleicher, das ist nur ein alle Samstags Parole. Schleicher, der (in Schleicher), ist ein Mann, der, würde ich nicht, und Schleicher, würde ich die NSD unterliegt.“

Leipart: „Ich verheißt Sie, daß der Herr General von Schleicher nicht der Streik ist, den Sie im November, ja, im Herbst haben gehalten, die die langjährige Stimmung von Schleicher ändern, aber die die Gleichberechtigung von Schleicher, das ist nur ein alle Samstags Parole. Schleicher, der (in Schleicher), ist ein Mann, der, würde ich nicht, und Schleicher, würde ich die NSD unterliegt.“

Leipart: „Ich verheißt Sie, daß der Herr General von Schleicher nicht der Streik ist, den Sie im November, ja, im Herbst haben gehalten, die die langjährige Stimmung von Schleicher ändern, aber die die Gleichberechtigung von Schleicher, das ist nur ein alle Samstags Parole. Schleicher, der (in Schleicher), ist ein Mann, der, würde ich nicht, und Schleicher, würde ich die NSD unterliegt.“

Leipart: „Ich verheißt Sie, daß der Herr General von Schleicher nicht der Streik ist, den Sie im November, ja, im Herbst haben gehalten, die die langjährige Stimmung von Schleicher ändern, aber die die Gleichberechtigung von Schleicher, das ist nur ein alle Samstags Parole. Schleicher, der (in Schleicher), ist ein Mann, der, würde ich nicht, und Schleicher, würde ich die NSD unterliegt.“

Leipart: „Ich verheißt Sie, daß der Herr General von Schleicher nicht der Streik ist, den Sie im November, ja, im Herbst haben gehalten, die die langjährige Stimmung von Schleicher ändern, aber die die Gleichberechtigung von Schleicher, das ist nur ein alle Samstags Parole. Schleicher, der (in Schleicher), ist ein Mann, der, würde ich nicht, und Schleicher, würde ich die NSD unterliegt.“

ALL

mobli Sie, wie kaum je gebracht haben. Die Partei ihre Energie unterteilt. So, heiligt, habe ich man von ihr verlangen können. Ich die bösen Jungen sei es nun darum zu Schluß gemacht, das



genhändler

Handelsangelegenheit wurde und wenn man, die ihre Opfer sind, hat sich dazu in der Stadt der Markt genommen. Der Händler ist für sich selbst, aber bei der Verhandlung ist er ein Bildmensch und

Knaben

Der achtjährige Knabe, ist heute mit einem Messer ermordet auf

in einer Adressen dem Knaben ein hat seinem Opfer die Spuren zeigen.

Die Verletzung des Knaben hat die Spuren, die dem Knaben zugefügt wurden, sind in den Kleidern des Knaben zu sehen.

usern

Der Knabe wurde durch ein Messer ermordet. Die Verletzung des Knaben hat die Spuren, die dem Knaben zugefügt wurden, sind in den Kleidern des Knaben zu sehen.

ige

Die Verletzung des Knaben hat die Spuren, die dem Knaben zugefügt wurden, sind in den Kleidern des Knaben zu sehen.

Adom wurde ein Knabe, als er von einem Knaben ermordet wurde.

SLUB

Wir führen Wissen.

Prüfung 46-Motor 44

M. Richter
Josephinenstraße 4
Herren- und Damen-
frisiersalon. Spez.
Häufkopfpflege. Er-
werblos haben bei
mir Preisermäßigung

Raucht
konzernfreie handgepackte Zigaretten!
Diese schaffen Arbeit und Brot!

Paul Müller
Conditorei und Kaffee
Gohliser Straße 1 - Ecke
Kesselsdorfer Straße
Prima Christstollen

Pappier
Papier, Pappbogen
Papier-Reparaturen
Papier-Handel
Kesselsdorfer Straße 10
Telefon 4110, 4111, 4112

Ihr Vorteil ist die
Wäsche-Etage!

Beiwäsche	1 Garment (2. Garment 1. Garment ungenutzt)	L'900	500/500	500/500	M'900/500/500
Frotteuwaren	16 großer 4.5x4.5	4.20	5.60	7.50	9.75

3⁹⁰

Parier Barchente, Hemdentuche, Dowlas, Rohnessel, Oberhemdenzephyre usw.
Bei 1. Ansetzung werden die gewaschenen Artikel bis Weihnachten zurückgegeben!
Anzahlung und Versand nach Vereinbarung.
Besuchen Sie uns unverbindlich!

Tex.-II-Versand G. m. b. H. Dresden-A.
Marienstraße 13 I. Etage
gegenüber 3 Raben

Konditorei Pfeiffer
Kesselsdorfer Straße
Christstollen
von RM 1,50 (1 Pfund)
von RM 3,00 (1 1/2 Pfund)
von RM 4,50 (2 Pfund)

Arthur Seifert
Fischwaren
Wittenberger Straße

Feststimmung
und frohe Stunden durch
L. Wolf-Zigarren
Geschmackvolle Präsent-Packungen in allen Preislagen
L. Wolf Filialen in allen Stadtteilen

Weine, Liköre, Spirituosen
in Flaschen und ausgemessen
vom Fass in besten Qualitäten
zu billigsten Preisen
Max Heitz
Dresden-Löbtau
Kesselsdorfer Straße 19

**Prima Fleisch-
und Wurstwaren**
Emil Otto
Schandauer Straße 61

Wilhelm Franz
Viktoria-Drogerie
Kesselsdorfer Straße 10
Baumherzen, Eisau
Seltengeschenkartons

Pur das
Weihnachtsfest
kaufen Sie Baumbehang,
Lebkuchen, Kautlader,
Nikol, Marzipan am billig-
sten und besten in der

Die billige Müllze
Die billige Krawatte
Herberg
Kesselsdorfer Straße

Schokoladen-Ecke
Schandauer, Ecke Laur-
steiner Straße

Brof-, Weiß- und
Feinbäckerei
Kurt Müller
Schandauer Straße 77
6 Prozent 6 Prozent
PrimaChriststollen

Ebt
Schokolade
aus der Schokoladenfabrik
Dr. Sperber
Gohlis, Kesselsdorfer Straße
Dresdenerhof

Frisches Ankleid in sämt-
licher
Herrenkonfektion
Maß- u. Sportanzüge
Knickerbocker-
und Sporthosen
Lodenjoppen, Wind-
jacken, sowie sämtliche
Arbeitsbekleidung
Eigenes Stofflager
stets preiswert bei
Oskar Reichenburger
Oberoderwitz

RAUCHT
↓
Record 2 1/2
Sachsenstern 3 1/3
von
Orami
Dresden
Konzernfrei und handgepackt
Sie leben künftigen Heiligen Händen
gutes Leben und Brot

**Notverordnung des
Weihnachtsmannes**
Du sollst Freude machen
mit praktischen Sachen
Kleiderstoffe, Waschevorne, Tri-
kotagen, Wollwaren
B. Meichsner
Cottbusdort, Hauptstr. 3

Leiterwagen
Kinderwagen, Pappwagen
Rodelschlitten
Schneeschuhe
kauft man preiswert bei
Otto Paul
Wagenfabrik Oberoderwitz

Baumbhang
das ganze Pfund
nur 66 Pf
in der
Kassa
Schokoladenfabrik
Verkaufsstellen in
fast allen größeren
Orten in Sachsen!

**Weihnachts-
bäckerei!**
ff. Christstollen und
Kuchen empfiehlt
Olga Franke
Coschütz, Am hohen Stein

Farmer-Kaffee
Kaffee-Trauer-Mischung
Präsenkörbe
Weihnachtskaffe
Kaffee-Handel
G. G. Deutscher, Nachf.,
Niederoderwitz

**Praktische
Weihnachts-Geschenke**
finden Sie preiswert im
Warenhaus **Henberg** Radeberg
6% in Rabatt-Sparmarken!

Deutsches Erzeugnis
Galoschen, Ueberschuhe
Haus- und Arbeitsschuhe
kauft man preiswert fürs
Weihnachtsfest im
Schuhhaus Batà
H. Schumann
Freiberg, Erbsichestr.

**Decken Sie
Ihren Bedari**
in Wolle, Woll- und Woll-
wolle, Wolle u. Wollwolle
Kauf bei
Prima amilia Schutz
Großschönau, Schmiedestr.

Zum bevorstehenden Feste
empfehle alle einschlägigen
Bäckartikel
**Konserven u. alle
Lebensmittel!**
Oswald Winkler, Neugersdorf

**Brof- und
Weißbäckerei**
Max Werner, Heinestraße

Fritz Krellner
empfiehlt seine
Lebensmittel
der werten Arbeiter-
schaft und auch fürs
Weihnachtsfest
Bäckartikel
Brand-Erbledorf

Empfehle
**ff. Stollen
und Kuchen**
zum
Weihnachtsfest
Bäckerei Kost
Freiberg
Lange Straße 17

Fahrräder
Nähmaschinen, Wring- u. Wasch-
maschinen, Radiogeräte, sowie
elektrische Körper- und elektr-
ischer Zubehör aller Art stets
preiswert bei
August Linka, Großschönau

Reserviert
Kellereiererei
Weine, Spirituosen
Kellereiererei
Hermann Seibt, Großschönau

**Fleisch- und
Wurstwaren**
empfiehlt
Erhard Schreiber
Fleischermeister
Bretnig

Gasthof u. Fleischerei
von Hugo Lössel, Spitzmüchsdorf
empfiehlt sich der Arbeiterschaft!

Tagesze
Verbreitung
8. Jahrga

Vor

Wir rufen die
ber roten Einheits-
Partei immer ma-
Immer größte
nützlichen Partei,
schieben unter 8 u
die 1. Jahrgang
Gerade jetzt
die Bourgeoisie
den Sozialisten
politischen Un-
günstigen Lage
die Rolle der

Schleiders
Süß

Wir behaupten
diktator, als die
der Schwereinduk-
tion die Arbeiter-
eine endgültige
tags mit Hilfe
bei dem Verhal-
ten der Arbeiter-
tätige Volk berei-
Sie rufen die
die den Gewerks-
fürte, Sie rufen
4. September, be-
die Millionen
mittels der Ste-
die soziale Man-
Winterhilfe Rufe-
Noch bewährt
methoden verfahren
den Zentrumskamp-
Sozialpolitischen
Vertragung bis so-
Fragestellung der
was sie für die
Organisation
regierung (Arbeit-
sondern in Lebens-
aber nicht etwa an-
den Angehörigen
als "Entschuldigun-
ten ist.
Nicht die
laßten ohne
Wirtschafts-
vermögen, so-
für die von
Handel
Das magie
diffusion in der
Hilfe für die
Reichs
Die nation-
über ihnen
Verhältnisse
Schleiders